

Name und Anschrift:

Datum: _____

Bundesministerium für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit
Referat N II 6
Postfach 12 06 29
53048 Bonn

Email: moorschutzstrategie@bmu.bund.de

**Stellungnahme zum Diskussionspapier des Bundesumweltministeriums über eine
Moorschutzstrategie der Bundesregierung, Stand 15. November 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Inhalte des oben genannten Diskussionspapiers bzw. eine Moorschutzstrategie der Bundesregierung betreffen die Existenzgrundlage unseres landwirtschaftlichen Betriebs. Unser Hof liegt im Landkreis _____, Gemeinde _____, Ortsteil _____

Ich melde zu den Inhalten des Papiers folgende deutliche Kritik an:

Es ist gut, wenn die Bundesregierung davon überzeugt ist, dass der Schutz, die Wiedervernässung und die nachhaltige Nutzung von Mooren und Moorböden nur im Schulterschluss (!) mit der örtlichen Bevölkerung und denjenigen, die die Flächen derzeit bewirtschaften, gelingen können. Hier fehlt aber bereits, dass das auch für die Eigentümer gelten muss, denn die größten Teile von Moorböden befinden sich in meiner Region im privaten Grundeigentum. Leider wird nach der Einleitung auf den folgenden mehr als 50 Seiten in keiner Weise deutlich, dass für einen solchen „Schulterschluss“ tatsächlich auch mit der dazu notwendigen Beschränkung auf ausschließlich kooperative Mittel gearbeitet werden soll. Außer wolkigen Umschreibungen von kooperativen Ansätzen wird deutlich, dass das Bundesumweltministerium den eigentlichen Schwerpunkt in der Durchsetzung seiner Ziele mit der harten ordnungsrechtlichen Faust bis an die Grenze enteignungsgleicher Eingriffe sieht.

Es ist nicht konkret dargestellt, was ich mir als Betroffener für eine „Bewirtschaftungsweise“ vorstellen muss, die nach einer Umstellungsphase erreicht werden soll. Es ist nicht beschrieben, welche Zeiträume für die Umstellung geplant werden und es ist in keiner Weise dargelegt, wie die Bundesregierung damit umgehen will, dass härteste Arbeit und hohe Investitionen aus vielen Jahrzehnte in unserem Betrieb bei den geplanten Wiedervernässungszielen mit einem Schlag wertlos werden. Bei derart grundlegenden Umstellungen folgt nicht, dass nur „vorübergehende“ Einkommensverluste entstehen. Die Konsequenz ist, dass darüber hinaus das heutige Wertschöpfungspotenzial im vor- und nachgelagerten Bereich ebenso verloren geht wie der damit verbundene Bedarf an Arbeitskräften. Eine theoretisch mögliche „nasse“ Nutzung mit Wasserständen von weniger als 30 cm unter Flur oder sogar eine Vollvernässung mit Wasserständen zwischen Null und 10 cm unter Flur lassen nur noch eine arbeitsexensive Primärproduktion zu, d. h. Rohstoffe für Dämmstoffe, energetisch verwertbare Biomasse oder Ersatzstoffe für Torfsubstraterden. Das zeigen alle bekannten Beispiele, die bisher aufgezeigt wurden. An keiner Stelle geht das Diskussionspapier auf Lösungen für den damit verbundenen Arbeitsplatzabbau in den betroffenen strukturschwachen Regionen ein.

Zusammenfassend führt der Weg, den das Diskussionspapier beschreibt, zu einer unmittelbar drohenden dramatischen Wertminderung meines Eigentums, gefährdet die Kreditwürdigkeit meines Betriebes und bedroht damit selbst bei theoretisch denkbaren langfristigen Nutzungsalternativen akut meine Existenz. Darüber hinaus bereitet mir größte Sorgen, dass angesichts der angedeuteten ordnungsrechtlichen Schritte einschließlich der geplanten gesetzlichen Verpflichtung von Wasser- und Bodenverbänden bzw. Unterhaltungsverbänden, eine Wiedervernässung zu betreiben, ich nicht einmal mittelfristig mehr in der Lage sein werde, meine Moorflächen weiter wirtschaftlich nutzen zu können. Unmittelbar ruinös können bereits verschärfte Anforderungen für den Erhalt von Direktzahlungen aus der EU für mich werden.

Darüber hinaus wird es bei Umsetzung der im Diskussionspapier beschriebenen Maßnahmen wegen des naturschutzrechtlichen Status von „renaturierten“ Flächen dazu kommen, dass im Umkreis von bis zu mehreren Kilometern solche Flächen ebenfalls alle Höfe mit Tierhaltung in die Existenzbedrohung geraten, weil sie die damit verbundenen Einschränkungen der zulässigen Ammoniakemissionen auf Dauer nicht erfüllen können. Es ist auch hier völlig unklar, was sich das Bundesumweltministerium unter der angemessenen Berücksichtigung der Interessen der Eigentümer*innen und Bewirtschafter*innen „angrenzender“ Flächen vorstellt.

Für einen Betrieb, dessen Hofstelle auf einem Moorstandort gelegen ist, bedeutet das geplante Bauverbot ebenfalls innerhalb kürzester Zeit den wirtschaftlichen Ruin und in Kombination mit Bewirtschaftungseinschränkungen auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen das Ende in Altersarmut.

Ich lehne die Vorschläge des Diskussionspapiers zu einer Moorschutzstrategie als grundsätzlich völlig unzureichend ab. Das Papier wird dem selbst gestellten Anspruch eines kooperativen Ansatzes in keiner Weise gerecht. Ich fordere das Bundesumweltministerium auf, zunächst die Datengrundlage deutlich zu verbessern. Es wird z. B. in Abbildung 1 in keiner Weise berücksichtigt, dass erhebliche Teile der dargestellten Mooregebiete durch gesellschaftlich geforderte und geförderte Kultivierungsmaßnahmen zur Gewährleistung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln im letzten Jahrhundert so verändert wurden, dass nicht mehr von 1,8 Mio. ha Moorböden gesprochen werden kann. Weiterhin müssen zunächst taugliche Lösungsansätze für die von mir dargestellten Probleme bereitgestellt werden, bevor Entscheidungen über rechtliche Anpassungen oder Veränderungen von Anforderungen an einkommensstützende Direktzahlungen getroffen werden dürfen. Die Bundesregierung steht in der Verantwortung für mich und meine Familie und unsere Region, in der wir unsere Mooregebiete im gesellschaftlichen Auftrag auch zur Linderung der Folgen des 2. Weltkrieges und zur Ernährungssicherung besiedelt und kultiviert haben. Dieser Verantwortung wird das Diskussionspapier in keiner Weise gerecht.

Mit freundlichen Grüßen
